

Für eine feministische Sicherheitspolitik – gegen geschlechtsspezifische Gewalt

Resolution zu Handen der Mitgliederversammlung der SP Frauen Schweiz am 6. September in Biel

Täglich werden in der Schweiz Frauen sowie trans, inter, non-binäre und queere Menschen bedroht, geschlagen, erniedrigt oder getötet. Diese Gewalt ist kein privates, sondern ein politisches Problem.

Femizide sind keine Einzelfälle. Sie sind das Resultat struktureller politischer Versäumnisse. Laut dem Kollektiv *Stop Femizid* wurden im Jahr 2024 über 20 Frauen und Mädchen im häuslichen Umfeld getötet. Im Jahr laufenden 2025 sind es bereits 19 (Stand: Juli). Jeder dieser Fälle ist eine Mahnung: Der Staat schützt Frauenleben unzureichend.

Diese Gewalt geschieht nicht im luftleeren Raum. Der Rechtsrutsch geht einher mit zunehmender Gewalt. In einem politischen Klima, in dem rechte Kräfte den Begriff „Gender“ zum Feindbild erklären, die Istanbul-Konvention relativieren oder sogar kündigen wollen, feministische Anliegen dämonisieren, nehmen Hass und Gewalt zu. Der antifeministische Backlash ist nicht nur ein kulturpolitisches Phänomen, sondern bedroht konkret die körperliche und psychische Unversehrtheit vieler Menschen.

Wer den Feminismus bekämpft, stärkt die Gewalt. Deshalb fordern die SP Frauen eine feministische Sicherheitspolitik. Sicherheit darf nicht länger mit Polizei, Grenzen und Überwachung gleichgesetzt werden. Eine feministische Perspektive stellt die Bedürfnisse der von Gewalt Betroffenen ins Zentrum: Zugang zu Schutz, Existenzsicherung, Betreuung, sichere Wohnungen, Gesundheitsversorgung, gesellschaftliche Solidarität – und vor allem Prävention.

Sicherheit ist, wenn Frauen nachts alleine nach Hause gehen können, wenn Betroffene von Gewalt wissen, dass ihnen geglaubt wird und wenn keine Angst mehr herrscht – weder in Beziehungen noch im Büro oder auf der Strasse.

Innere Sicherheit beginnt beim Schutz vor patriarchaler Gewalt. Die SP Frauen konnten in den letzten Jahren zusammen mit Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft wichtige Fortschritte erzielen. Dazu zählen die Revision des Sexualstrafrechts, der Aufbau von Krisenzentren gegen Gewalt in allen Kantonen, die Einführung einer 24/7-Telefonnummer gegen Gewalt in der ganzen Schweiz sowie die regelmässige Durchführung einer Präventionskampagne. Diese wichtigen Fortschritte bedürfen jedoch finanzieller Ressourcen. Diese sind heute weder auf Bundes- noch auf kantonaler Ebene gegeben. Anstatt Milliarden in militärische Aufrüstung zu investieren, sind Mittel für Gewaltschutz, Prävention und Betreuung erforderlich. Es braucht ausreichend Schutzplätze, mehr Ressourcen für die Opferhilfe, spezialisierte Anlaufstellen und eine konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention. Das ist echte Sicherheitspolitik – und sie rettet Leben.

Die SP Frauen fordern:

- Die Anerkennung von Femiziden als eigenständige Straftat mit systematischer statistischer Erfassung.
- Eine gesetzlich verankerte Verpflichtung zur Bereitstellung ausreichender Schutzplätze – gemäss den Empfehlungen des Europarats.
- Ein nationales Monitoring zu geschlechtsspezifischer Gewalt und Femiziden.
- Eine feministische Definition von Sicherheit in der Bundesverfassung – mit Fokus auf Gewaltfreiheit und Gleichstellung.
- Ein Ende der Kürzungen bei der Opferhilfe und stattdessen eine stabile, nachhaltige Finanzierung.
- Eine staatlich getragene, offensive Präventionsstrategie gegen Antifeminismus und rechte Hetze.

Jeder Femizid ist einer zu viel. Jedes verlorene Frauenleben ist ein politisches Versagen. Die SP Frauen Schweiz werden nicht ruhen, bis niemand mehr um ihr Leben fürchten muss, nur weil sie eine Frau oder FLINTA-Person ist.